

PRESSEINFORMATION

Mannheim, Montag, 6. Januar 2020

Rede von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich des Neujahrsempfangs 2020**Es gilt das gesprochene Wort!**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Damen und Herren Abgeordnete des Bundestags und des Landtags, sehr geehrte Frau Professor Gabrysch,

liebe Bürgerinnen und Bürger Mannheims und der Metropolregion,

liebe Gäste,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem Neujahrsempfang 2020.

Ich heiße Sie alle willkommen auch im Namen des Gemeinderats, der hier anwesenden Fraktionsvorsitzenden Melis Sekmen und Stefanie Heß, Ralf Eisenhauer, Claudius Kranz und Thomas Trüper sowie der Kollegin und der Kollegen Christian Specht, Lothar Quast, Michael Grötsch, Felicitas Kubala und Dirk Grunert, wie im Namen unserer Ehrenbürger Gerhard Widder und Dr. Manfred Fuchs.

Ich danke Ihnen allen und unseren zahlreichen Ehrengästen herzlich für ihr Kommen. Sie zeigen damit, dass Ihnen die Stadt am Herzen liegt und dass Sie sich als Teil unseres Gemeinwesens sehen. Dies ist ein Wert an sich, dessen zentrale Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann.

Unser Neujahrsempfang feiert diesen Aspekt wie keine andere Veranstaltung: Es ist eine Begegnung und Präsentation der Engagierten und eine Einladung an alle, sich einzubringen, sich ins Gespräch zu begeben.

Gerne möchte ich mich deshalb bei all denen herzlich bedanken, die hier mitwirken, und denen, die in so vielfältiger Weise unsere Stadt gestalten.

Zu den Mitgestaltern gehört auch unsere Gastrednerin – Frau Professor Sabine Gabrysch, die ich sehr herzlich begrüße. Sabine Gabrysch ist Professorin für Klimawandel und Gesundheit an der Charité und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Es ist der erste

Universitäts-Lehrstuhl dieser Art in Deutschland. Professor Gabrysch wird über die Abhängigkeiten menschlicher Gesundheit von einer intakten Umwelt und stabilem Klima und Ansatzpunkten für Wege aus der Klimakrise sprechen.

Wir haben damit das Thema, das uns wie kaum ein anderes im letzten Jahr bewegt hat und weiter fordern wird, in das Zentrum unseres Neujahrsempfanges gestellt. Der Zusammenhang von Klimawandel und Gesundheit verdeutlicht, dass wir nicht über eine ferne Zukunft sprechen. Wir sprechen über die Gegenwart. Auch wenn die Klimadebatte manchen als politischer Streit erscheint, der uns selbst erst durch neue Beschlüsse und Maßnahmen betrifft; der Klimawandel berührt uns schon jetzt direkt und persönlich.

Sehr geehrte Frau Professor Gabrysch, wir sind gespannt auf Ihren Vortrag.

Meine Damen und Herren,

Ihnen allen wünsche ich - auch im Namen meiner Frau - ein gutes neues Jahr 2020 und einen guten Start in ein neues Jahrzehnt, vor allem Gesundheit und persönliches Glück.

Uns allen wünsche ich, dass es gelingt, weder ausgetretenen Pfaden zu folgen noch destruktive Alternativen zu suchen, sondern das zu finden, was bei Systemen, die sich festgefahren haben, meist hilft, einen Reset-Knopf. Wolf Lotter, der auf unserem Innovationsfestival vor wenigen Wochen Gastredner war, hat dieses Bild verwendet. Es geht eben nicht um Utopien, sondern um das reflektierte Neubeginnen - nicht im luftleeren Raum, sondern in der Realität unserer bestehenden Strukturen.

Ich wünsche uns Nüchternheit und Konsequenz als Weg jenseits von Verharmlosung einerseits oder Panik andererseits.

Wenn wir auf das Jahr 2019 zurückschauen, dann sehen wir für unsere eigene Stadt, dass die Leistungsfähigkeit einerseits so hoch ist wie seit Jahrzehnten nicht, andererseits sind auch die Erwartungshaltungen und Anforderungen mindestens ebenso sehr gestiegen. Und wir sehen schon in der Region die Zunahme ungleicher Entwicklung, wie sie auch weltweit zu beobachten ist. Und wir empfinden immer dringlicher die Frage, ob es so immer weiter gehen kann und wenn nein: wie denn ein „anders“ aussehen könnte.

Ich hoffe, dass wir 2030 sagen können, dass die wichtigsten Ereignisse 2019 der Beschluss unseres nachhaltigen Leitbilds 2030, der Urban Thinkers Campus im Herbst und unser erstes Innovationsfestival waren. Denn dies würde bedeuten, dass wir etwas wirkungsvoll in Gang gebracht haben.

Beim Wort „Nachhaltigkeit“ besteht ja die Gefahr, dass es als Modewort eingesetzt oder verstanden wird. Und das wäre das Gegenteil von dem, was wir erreichen müssen. Es geht um einen einfachen Gedanken, der auf Dauer Bestand haben soll: Wir sollen so handeln,

dass wir die Welt mit genauso vielen - oder in unserer Situation - mehr - Chancen an die nächste Generation übergeben als wir sie vorgefunden haben. Die UN hat diesen Gedanken in 17 Zielen umgesetzt: Wir haben daraus ein Leitbild gemacht, wie wir 2030 leben wollen. Das soll unser jetziges Handeln so ausrichten, dass es die Chance eröffnet, 2030 tatsächlich wie gewünscht leben zu können.

10 Jahre sind keine lange Zeit.

Unseren überschießenden Ressourcenverbrauch zu stoppen und auf Basis kollektiver Erkenntnis anders zu wirtschaften und zu leben, neue Konzepte zu entwickeln - das ist historisch ohne Beispiel.

Seit über 150 Jahren treiben Markt und Technologie ein Wachstum, das immer mehr Ressourcen verbraucht.

Wie es gelingt, Technologie und Marktmechanismen so einzusetzen, dass dies endet, ist die entscheidende Frage.

Gelingen kann dies nur mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit. Diese breite Zustimmung haben wir noch nicht erreicht. Gleichzeitig steigt der Handlungsdruck, die Diskussion wird zugespitzter, angstvoller und auch aggressiver und dies treibt einen Keil in die Gesellschaft, der Kräfte bindet.

Wir können dies sehen an der Generationsdebatte über Omas angeblich unökologisches Verhalten in den letzten Tagen. Nicht wenige fühlen sich drangsaliert und moralisch zu Unrecht angegriffen. Andere verlieren ihr Zutrauen in die Gesellschaft, manche glauben gar nicht mehr an Dialog und demokratische Prozesse und fordern immer unverhohlener autoritäre Maßnahmen, die sie in allen anderen gesellschaftlichen Fragen ablehnen. Nur gibt es eben keine Teilzeit- oder Themenfeld-Diktaturen.

Wir drohen uns genau da zu spalten, wo wir auf gemeinsames Verständnis und Handeln angewiesen sind. Ein Boot steuert man nicht um, indem man es zum Kentern bringt.

Die Infragestellung einer zentralen menschlichen Bindung, nämlich des familiären Bands der Generationen, ist ein Alarmzeichen. Der Vorwurf an die ältere Generation, sie hätte eine Welt in ökologischer und sozialer Krise erzeugt, blendet sowohl aus, dass wesentliche Weichenstellungen schon deutlich weiter zurückliegen und Verhaltensmuster nicht auf eine Generation begrenzt sind, als auch dass diese Gesellschaft Menschen in nie dagewesenem Umfang aus absoluter Armut geführt hat, Weltwissen verfügbar macht und es als offene Gesellschaft ermöglicht, gehört und verstanden zu werden und nach neuen Wegen zu suchen.

Umgekehrt hilft es nicht, der jungen Generation abzusprechen, dass sie ernsthafte Sorgen bewegt. Natürlich scheint es nicht wahnsinnig überzeugend, wenn der nach Neuseeland fliegende Neffe seiner Tante vorwirft, dass sie noch Fleisch isst. Aber damit dürfen wir das Anliegen nicht vom Tisch wischen.

An einem Punkt kommen wir nämlich nicht vorbei: Viele junge Menschen tun nichts anderes, als Politik und die Weltgemeinschaft an ihren eigenen Aussagen zu messen, und nüchtern aus den Ergebnissen der Wissenschaft den Aufruf zum Handeln abzuleiten. Diesem Appell dürfen wir uns nicht entziehen.

Und wir haben keine Zeit zu verlieren.

Allein das hohe Risiko, dass die geschlossene Haltung der Klimaforscher und ihre Prognosen zutreffend sind, verpflichtet angesichts der Dimension der Bedrohung zum Handeln. So errechnet das KIT für Deutschland ein Risiko von Dürreperioden von bis zu 96 Monaten in den nächsten Jahrzehnten.

Deshalb müssen wir aus der Sackgasse der spaltenden Debatte raus. Damit kann man Comedy-Programme gestalten, aber keine Gesellschaft positiv bewegen. Wir können auch nicht auf andere warten, zumal unser Selbstbild als Deutsche, dass wir die Einzigen sind, die handeln, völlig falsch ist. Wir bewegen uns im gehobenen Mittelfeld.

Die Idee der Nachhaltigkeit ist auch politisch die richtige Antwort auf die Klimakrise, weil sie Spaltung vermeidet. Nachhaltigkeit bedeutet, dass sozialer Zusammenhalt, wirtschaftliche Perspektiven und Ökologie zusammengedacht werden müssen.

Auch ist eine nachhaltige Gesellschaft ein positives Bild, das sich auf Qualitäten bezieht, die wir alle wertschätzen, die wir aber verlieren, weil wir Dinge als unvermeidlich hingenommen haben. Das zu hinterfragen, ist der vorhin angesprochene Reset-Knopf.

Müssen wir jedes Geschäftsmodell hinnehmen, das darauf basiert, dass unser gesammelter Egoismus einigermaßen vernünftige Jobs beseitigt und dafür Selbstaussbeutung durch unregelmäßige Selbstständigkeiten fördert, unsere Innenstädte und die Nahversorgung kaputt macht? Ist es vernünftig, dass Fleisch billiger ist als andere Lebensmittel und dass kleinste Kostendifferenzen tausende Kilometer Transport zwischen Produktionsstandorten auslösen, weil Transport fast nichts kostet?

Ist es verantwortlich, Produkte auf den Markt zu bringen, die gesundheitsschädlicher sind als die bisherigen, ohne dass dies uns Verbrauchern erkennbar ist?

Der Gedanke der Nachhaltigkeit hat dann eine Chance, wenn er nicht allein als regulatorischer Druck von außen kommt, sondern wenn Unternehmen ihn offensiv annehmen. Nur

dann findet auch die grundlegende Transformation in den Unternehmen statt und nicht außerhalb. Die Unternehmen und ihre Produkte müssen nachhaltiger werden! Dies muss in den Unternehmen geschehen, nicht überwiegend dadurch, dass nicht-nachhaltige Unternehmen durch nachhaltige Unternehmen verdrängt werden. Die sozialen Verwerfungen wären sonst deutlich größer. Und in den Unternehmen würde das Management den mangelnden wirtschaftlichen Erfolg auf die Politik schieben - mit all den weiteren Folgen. Entscheidend wird also die Frage sein, ob die Unternehmen eine echte Änderung zu Nachhaltigkeit vornehmen und was wir als Konsumenten und Wählerinnen und Wähler und als Verantwortliche in der Politik dazu tun können. Überall, an jedem Ort. Das ist die Diskussion, die wir in Mannheim führen wollen - und sie wird in tausenden Städten weltweit geführt.

Es geht bei Nachhaltigkeit nicht um asketischen Verzicht. Wenn das die Antwort wäre, bräuchten wir nicht debattieren, weil das selbst in autoritären Systemen kaum durchzusetzen ist.

Es geht nicht einfach um ein Weniger sondern um ein Besser. Und: Es gibt kein Recht auf „schlecht“. Es gibt kein Menschenrecht darauf, schlechtes Fleisch aus der Styropor-Box zu essen und diese danach auf die Straße zu werfen.

Dafür zu sorgen, dass solch ein Irrsinn aufhört, ist keine Verarmung, sondern macht die Welt besser.

Das Alles geht nicht von heute auf Morgen. Es geht darum, zu beginnen - Schritt für Schritt. Einen großen Unterschied würde es schon machen, wenn nicht mehr 85 Kilogramm Lebensmittel pro Person und Jahr weggeschmissen würden.

Als Stadt haben wir uns 2019 an vielen Stellen auf den Weg gemacht und begonnene Projekte entschieden fortgesetzt. Wir haben neue Fahrpreismodelle getestet und Fahrpreise gesenkt, vor allem aber auch kurzfristig wirksame Angebotsverbesserungen eingeführt. Schon 2018 hatten wir Investitionen von 140 Millionen Euro für den Öffentlichen Personennahverkehr auf den Weg gebracht. Im April haben wir das Konzept zur Klimafolgenanpassung vorgelegt. Zum Dringlichkeitsplan, den wir im Dezember verabschiedet haben, gehören nicht nur zehn Millionen Euro mehr Ausgaben für den Klimaschutz, sondern auch die schrittweise Dekarbonisierung der Fernwärme und der Ersatz aller noch vorhandenen Einzelöfen bei der GBG. Unsere MVV treibt die Energiewende und hat für sich Klimaneutralität als Unternehmensziel gesetzt.

Begrünungs- und Pflanzprogramme sind wichtige Elemente der Klimaanpassung. Und die Bedeutung des Stadtgrüns wird natürlich auch eine große Rolle in der Bewertung der angekündigten Anträge des Regierungspräsidiums zum Rheindamm spielen. Darüber wird realistischere erst 2021 eine Entscheidung getroffen werden. Einen Grünzug von 100.000 Quadratmetern mit 700 Bäumen haben wir 2019 auf Taylor eingeweiht. Nutzen

Sie die Chance, sich dort heutige Grüngestaltung anzusehen, zu entspannen oder Sport zu treiben. Sie werden begeistert sein.

Im September 2020 werden sich die europäischen Städte, die sich zur Nachhaltigkeit bekennen, zu ihrer neunten großen Konferenz in Mannheim versammeln. Die erste dieser Konferenzen hat mit der Charta von Aalborg dem Gedanken der Nachhaltigkeit mit zum Durchbruch verholfen. Für uns ist diese Konferenz nicht nur eine Gelegenheit der Präsentation, sondern ebenso weiterzudenken und zu lernen.

Die Bundesgartenschau ist durch Gestaltung des Grünzugs und die Freimachung von 60 Hektar bebauter Fläche ein wichtiger Beitrag zu Nachhaltigkeit und Klimaanpassung. Leider müssen wir durch Verzögerung der Räumung auf die schrittweise Übergabe des Geländes 2020 warten. Noch können diese Verzögerungen aber ohne Einschränkungen unserer Planungen aufgeholt werden.

Die Bundesgartenschau ist übrigens auch die Chance, den Blick auf unsere Stadt weiter positiv zu verändern. Dass dies ein langer Weg ist, wissen wir seit über 100 Jahren, selten waren wir aber soweit gekommen wie heute. Zumindest wird wahrgenommen, dass unsere Stadt unterschätzt wird. Gerade hat der Dumont-Verlag ein Reise-Buch zu den unterschätzten Städten Europas herausgegeben. Unter den 15 Städten findet sich neben Bordeaux, Valencia, Graz, Glasgow, Marseille, Helsinki, Neapel oder San Sebastian auch: Mannheim - übrigens mit dem Hinweis „grüner als man denkt“. Hieran wollen wir gerne anknüpfen.

Dabei gibt es in Mannheim zu dem großen Thema Klimawandel Historisches zu entdecken, das den Wenigsten bewusst sein dürfte. So verwendete der 1803 in Mannheim geborene Naturwissenschaftler Karl Friedrich Schimper erstmals den Begriff „Eiszeit“ und begründete mit seinem 1843 in Mannheim erschienenen Werk „Über die Witterungsphasen der Vorwelt“ die Paläoklimaforschung. Unser geologischer Untergrund ist durch mehrere Zehn-Meter eiszeitliche Kies-, Sand- und Tonablagerungen geprägt. Zusammen mit den darin enthaltenen Knochenfunden, stellt dies eines der wichtigsten Klimaarchive Europas dar. Die oberen Schichten im Oberrheingraben werden international als „Mannheim Formation“ bezeichnet und dokumentieren einen Zeitraum von etwa 400.000 Jahren.

Mit der Sammlung der Reiss-Engelhorn-Museen und dem Curt-Engelhorn-Zentrum für Archäometrie gibt es hier ein bedeutendes Eiszeitarchiv und eines der weltweit führenden Institute für die Erforschung des vergangenen Klimas. Bedeutende Erkenntnisse für das Verständnis des globalen Klima- und Umweltwandels in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden hier gewonnen. Mannheim ist ein einzigartiger und authentischer Ort, um das Thema Klimawandel in all seinen Facetten vollumfänglich und generationsübergreifend zu diskutieren und zu präsentieren. 2020 beginnen wir mit einer großen Ausstellung in den REM und 2023 wird die BUGA auch dafür eine Plattform sein.

Wie es überhaupt darum gehen wird, mit der BUGA nicht nur zu unterhalten, sondern auf aktuelle Fragen konkrete Antworten zu geben, wie Ernährung, Artenschutz, Landwirtschaft, Gärten und Stadtgrün, Energie und Wohnen in der Zukunft gestaltet werden können.

Für den Grünzug und die Bundesgartenschau gehen wir für die Gestaltung des Landschaftsbilds zum Teil Jahrhunderte zurück, im Städtebau orientieren wir uns an historischen Maßen und in der Technik wollen wir die Zukunft in die Gegenwart holen. Und wir beleben und zeigen - wie vor wenigen Monaten beschlossen - mit der Multihalle eine heute wieder besonders aktuelle Innovation von 1975.

Die Bundesgartenschau hat den Anspruch, all unsere Themen der nachhaltigen Stadt stellvertretend darzustellen und als Beschleuniger zu wirken.

Heute, auf diesem Neujahrsempfang wollen wir Ihnen vorstellen, wie sich die BUGA 2023 optisch ab sofort präsentieren wird.

Einen ersten Eindruck des Designs wollen wir - und das sind auch Jochen Sandner von der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft und Michael Schnellbach von unserer BUGA GmbH - Ihnen nicht nur draußen am Stand, sondern unmittelbar hier geben.

Dafür sage ich „Film ab“ – 60 Sekunden Bundesgartenschau 2023.

Ich hoffe, der Ausblick auf 2023 hat Lust gemacht auf Mehr.

Schauen wir nun noch einmal einen Moment zurück in das Jahr 2019.

Es war – wie gesagt – ein Jahr, das geprägt war von großer Leistungsfähigkeit. Damit meine ich nicht das sensationelle Sportjahr mit den Meisterschaften von Adlern und Grün-Weiß und dem hoch verdienten Aufstieg des SV Waldhof.

Die Leistungsfähigkeit, die ich meine, können Sie unmittelbar an den Haushaltszahlen ablesen: Der Haushaltsüberschuss für 2019 beträgt über 50 Millionen Euro; im gerade verabschiedeten Doppelhaushalt sind für 2020 und 2021 Investitionen in Höhe von 352 Millionen Euro ohne Neuverschuldung vorgesehen. Was unsere Leistungsfähigkeit begrenzt, sind die Gewinnung von Personal und die Kapazitäten der Bauwirtschaft. Unsere Anstrengungen und Investitionen, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, sind deshalb ein wichtiger Beitrag, unsere Aufgaben überhaupt erfüllen zu können. Neue Betriebshöfe, Feuerwachen, das Technische Rathaus oder Probestadien sind auch unter dem Aspekt zu sehen, dass gute Arbeitsbedingungen auch Wertschätzung ausdrücken.

Die wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt war 2019 stabil, ebenso der Arbeitsmarkt! Der Sprung von 0,7 Prozent im Mai 2019, der jetzt auch die Jahresvergleiche prägt, war kein neuer Zugang von Personen aus der Arbeit in die Arbeitslosigkeit, sondern ergab sich

durch statistische Aktualisierungen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen hat mit über 191.000 einen neuen Höchststand erreicht. Das galt auch bei der Summe großer Investitionen.

Unsere Stadt versteht sich auch für die Zukunft als eine Stadt der Produktion. Das zeigt sich an wichtigen Investitionen in das Mercedes-Benz-Werk, die sich bis 2020 auf insgesamt eine Milliarde Euro belaufen. Mit der Weichenstellung bei John Deere, Produktion nach Mannheim zu verlagern, wurde der Standort Mannheim langfristig gesichert. Dies gilt ebenso für die jüngste Investitionsentscheidung bei der Firma WABCO. Unternehmen wie Roche und FUCHS PETROLUB investieren kontinuierlich in neue Labors, Produktions- und Vertriebseinrichtungen.

Dabei modernisiert sich der Industriestandort Mannheim. Die Vereinbarung zur Standortsicherung zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertretung beim Benz umfasst auch die Montage alternativer Antriebe und die Aufbereitung von Hochvoltbatterien. Dass das Werk Mannheim mit abgasarmen und emissionsfreien Stadtbussen einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende leistet, stimmt uns optimistisch. Bei Roche wurde unter anderem mit der Anbindung der Wärme- und Prozessdampfversorgung an unser Müllheizkraftwerk, Photovoltaik und Kaltwasserspeicher der CO₂-Ausstoß des Werks um 65.000 Tonnen gesenkt. FUCHS PETROLUB will schon 2020 mit seinem Anteil an der Wertschöpfung klimaneutral werden.

Diese Beispiele zeigen, dass Nachhaltigkeit nicht De-Industrialisierung heißt. Für eine Industriestadt ist sie aber eine ganz andere Anforderung und ein weiterer Weg als für postindustrielle Universitätsstädte, auch wenn man sich da manches anschauen kann. In den Städte-Rankings, die zumeist Äpfel mit Birnen vergleichen, wird dieser entscheidende Aspekt der Transformation natürlich nicht berücksichtigt. Die Frage der nachhaltigen Gesellschaft wird jedoch in den industriellen Kernen entschieden.

Aktiv mitgestaltet werden diese Modernisierungen nicht zuletzt durch Betriebsräte und Gewerkschaften, gerade dort, wo die Herausforderungen besonders groß sind. Für diese Arbeit will ich herzlich danken und insbesondere die IG Metall erwähnen.

Modernisierung in den Unternehmen versuchen wir zu ergänzen mit neuen wirtschaftlichen Clustern. 2019 startete am Klinikum das Projekt INSPIRE – eine Erprobungsplattform für digitale Anwendungen in der Medizin. Unser neues Gründerzentrum für die Medizintechnologie eröffnet im Laufe des Jahres.

Für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung setzen wir auf die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Mannheim: Meilensteine waren die Einweihung des Zentrums für innovative Psychiatrie- und Psychotherapieforschung und des DKFZ Hector Krebsinstituts am Klinikum.

Auch die kommenden Investitionen unserer Hochschulen und Universitäten sind für die langfristige Entwicklung unserer Stadt von größter Bedeutung. Ihre Forschung und ihre Absolventinnen und Absolventen werden entscheidend zur Wertschöpfung in der Zukunft beitragen.

Auch unsere internationalen Verbindungen setzen wir ein, um die wirtschaftliche Zukunft zu gestalten: 2019 fanden in Mannheim das erste Europäisch-Chinesische Wirtschafts- und Innovationsforum statt und mit „Allez Hop“ das erste deutsch-französische Kulturwirtschaftsforum. Die Mannheimer Gründungszentren und ihr Pendant in Toulon haben eine intensive Zusammenarbeit vereinbart. Wir gewinnen zunehmend internationale Start-ups, insbesondere aus Israel. Dies wird auch für das neue Zentrum für Energie- und Umwelttechnologie, dessen Planung 2020 beginnt, gelten.

Die Sozialwirtschaft, also der Sektor, der soziale Dienstleistungen erbringt, wird 2020 in Mannheim besondere Aufmerksamkeit bekommen. Zum Europäischen Sozialwirtschaftsgipfel der EU-Kommission vom 25. bis 27. November werden 2.000 Teilnehmer aus ganz Europa erwartet.

Wirtschaftliche Entwicklung braucht auch Gewerbeflächen, die zunehmend durch Umgestaltung im Bestand entwickelt werden müssen.

Nach der durch den GE-Konzern durchgesetzten Aufgabe der Produktion, haben wir erstmals durch die Sicherung eines Vorkaufsrechts Einfluss nehmen können auf die weitere Entwicklung. Wir entwickeln nun gemeinsam mit dem neuen Eigentümer Aurelis einen attraktiven Standort, der auch weiterhin Produktion ermöglicht und qualifizierte Arbeitsplätze anbietet.

Die Bedeutung einer ausreichenden Verkehrsinfrastruktur ist in den letzten Monaten sehr deutlich geworden.

Die Tatsache, dass anstatt einer mit wenigen zehn Millionen Euro veranschlagten Sanierung der Hochstraße Süd in Ludwigshafen ihr Abriss feststeht, ist eine gravierende Herausforderung für die Region.

Dies hat weitreichende und richtige Konsequenzen für die weiteren Planungen in Ludwigshafen gehabt: nämlich höchste Priorität auf den Ersatz der Hochstraße Süd und mittelfristigen Erhalt der Hochstraße Nord. Unsere bislang auf anderen Voraussetzungen beruhende Instandhaltungsplanung für die Brücken wird nun anzupassen sein, sobald die notwendigen Maßnahmen für die Hochstraße Nord beschrieben sind.

Die schon geplanten Stärkungen des ÖPNV durch größere Fahrzeuge und neue Linien erweisen sich nun als noch bedeutender.

Ebenso sind die Elemente der Verkehrssteuerung und der Serviceverbesserung durch digitale Verknüpfung, wie wir sie beispielsweise im Rahmen der Modellstadtprogramme entwickeln, noch wichtiger geworden. Die neu eingetretene Situation zwingt uns zu schnellerer Anpassung – und das heißt eben nicht nur Mobilitätskonzepte in der Region, sondern auch Logistikkonzepte der Unternehmen ändern sich.

Unsere innerstädtische Verkehrssituation wird entscheidend von den regionalen Konzepten und ihrer Umsetzung geprägt. Dies erleben wir derzeit sehr direkt. Deshalb ist ein regionaler Mobilitätspakt unter Beteiligung der Länder von so großer Bedeutung.

Eine positive Entwicklung zeichnet sich in der Frage ab, die seit Jahren im Raum steht: Wie kann der ICE-Verkehr sichergestellt und der Güterverkehr auf der Bahn so organisiert werden, dass er für unsere Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner verträglich ist? Unsere Position zur Volleinbindung des Hauptbahnhofs einerseits und zur Anbindung des Rangierbahnhofs durch einen Tunnel andererseits, erweist sich als technisch machbar und absehbar als betrieblich sinnvollste Lösung. Die für den Norden vorgestellte Vorzugsvariante durchschneidet nicht den Käfertaler Wald und kommt zudem in Tieflage in Mannheim an.

Ab Mitte der zwanziger Jahre soll nach Planungen der Bahn der Hauptbahnhof Mannheim im ICE-Deutschland-Takt, das heißt im halbstündigen Rhythmus, eingebunden sein. Das alles gibt die Chance, dass in diesem Jahr beziehungsweise Anfang des nächsten Jahres, eine mit uns als Stadt und der Region konsensfähige Vorzugsvariante auch für das Mannheimer Stadtgebiet gefunden werden kann.

Als im April die neuen Planken eingeweiht wurden, haben wir nicht nur die Beendigung einer Baumaßnahme gefeiert, die einiges an Belastungen mit sich gebracht hat. Wir haben die Bahnverbindungen barrierefrei und damit die Innenstadt für alle zugänglicher gemacht, wir haben den zentralen Ort unserer Stadt attraktiver gestaltet. Es war zugleich eine Investition für unseren Einzelhandel. Neben Erreichbarkeit hat die Aufenthaltsqualität für ihn größere Bedeutung gewonnen. Deshalb sind wir auch nicht am Ende der Veränderungen. Die Seitenstraßen folgen. Für die Ausweitung der Fußgängerbereiche und einen höheren Anteil des öffentlichen Raums für Fußgänger besteht nun ein deutlich breiterer Konsens. Hier wollen wir 2020 die nächsten Schritte festlegen.

In all diesen Fragen der Mobilität, aber auch in anderen Standortfragen ist der Dialog mit der Wirtschaft von großer Bedeutung. Für die gute Zusammenarbeit mit den Kammern und vor allem die Konzentration auf den direkten und fachlichen Dialog, will ich mich ausdrücklich bedanken.

Unser Klinikum hat sich als vollwertiges Universitätsklinikum etabliert. Das gilt für Lehre und Forschung wie für die medizinische Versorgung. Beide Dimensionen haben eine herausragende, für Mannheim insgesamt bedeutende Entwicklung genommen.

Anders sieht die ökonomische Seite aus.

Das hat vor allem zwei Gründe: 1. Die Universitätsmedizin Mannheim wird nicht genauso finanziert wie die anderen Universitätsklinika. 2. Die Gesundheitspolitik will die Zahl der Krankenhäuser reduzieren und gestaltet dies nicht durch Planung, sondern dadurch, dass nahezu kein öffentliches Krankenhaus mehr in der Lage ist, schwarze Zahlen zu schreiben. Personaluntergrenzen und Ablehnung von Leistungen durch die Krankenkassen haben in den letzten Wochen bundesweit eine krisenhafte Entwicklung beschleunigt, auf die schnellstens reagiert werden muss.

2020 ist also ein Jahr von besonderer Bedeutung: Die Gleichbehandlung des Universitätsklinikums, insbesondere bei Planung und Finanzierung der Neuen Mitte, und die Rahmenbedingungen für Krankenhäuser generell stehen auf der Tagesordnung und in beiden Bereichen brauchen wir Fortschritte in diesem Jahr.

Bildung, Erziehung und Integration sind die Handlungsfelder, die für die wirtschaftliche wie die soziale und ökologische Entwicklung entscheidende Voraussetzungen schaffen. In sie geht ein ständig wachsender Anteil unseres Haushalts. Und angesichts der Bedarfe ist es hier besonders wichtig, dass dieses Geld wirksam eingesetzt wird. Dazu dienen die Berichte und Konzepte, die 2019 vorgelegt wurden: der vierte Mannheimer Bildungsbericht, das Handlungskonzept „Mannheim gegen Kinderarmut“, der „Entwicklungsplan Bildung und Integration“, den es so in keiner anderen Stadt gibt, und der erste Kinder- und Jugendgesundheitsbericht. Unsere Programme reichen von der neuen Kooperationsvereinbarung der Stadt mit den Mannheimer Geburtskliniken, in denen allen Eltern spezifische Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten angeboten werden, bis zum Reformkonzept „Übergang von der Schule in den Beruf“ und der „Mannheimer Jugendberufsallianz“.

Unser Integrationsfonds und Projekte, wie ANIMA, Ankommen in Mannheim, werden fortgeführt, beziehungsweise aufgestockt.

Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro für Ersatz und Sanierung und die Neuschaffung von 210 Krippen- und 550 Kindergartenplätzen in Ganztagesbetreuung stehen zur Verfügung. Die Investitionen in Schulen erreichen neue Höchststände.

Die jetzt beginnenden konkreteren Planungen für die neue Stadtbibliothek sprechen alle Dimensionen der Bildung und Integration, der Zugehörigkeit und der modernen Bürgergesellschaft an wie kein zweites Projekt. Das unterstreicht der Förderpreis im Wettbewerb „Bibliothek des Jahres“ für die erarbeitete Konzeption.

In Mannheim gut wohnen zu können, ist ein Thema, das sozial für jede und jeden von uns herausragende Bedeutung hat, aber auch wirtschaftliche Zukunft mitbestimmt. In einer wachsenden Stadt übersteigt in allen Segmenten die Nachfrage das Angebot. Natürlich lautet die Antwort: Es müssen neue Wohnungen geschaffen werden. Die Ausweisung von

Bauland allein befriedigt jedoch nicht alle Bedürfnisse. Denn ohne Förderung und regulatorische Vorgaben gibt es für diejenigen, die durchschnittlich verdienen, kein zusätzliches bezahlbares Angebot. Hier kann und wird es der Markt alleine nicht richten. Und die GBG wäre überfordert, wollte man allein von ihr verlangen, den gesamten benötigten preisgünstigen Wohnungsbau in Mannheim zu erstellen. Schon der Erhalt und die gute Weiterentwicklung des Bestands ist eine gewaltige Aufgabe, in die die GBG im letzten Jahr allein 72 Millionen Euro investiert hat. Unsere Entwicklungsgesellschaft MWSP konnte durch die Grundstücksvergaben auf Franklin dafür sorgen, dass ein ausgewogenes Verhältnis von preisgünstigem und frei finanziertem Wohnungsbau entsteht. Mehrere hundert preisgünstiger Wohnungen werden dieses Jahr fertig gestellt. Für die Zukunft und das gesamte Stadtgebiet haben wir beschlossen, dass überall, wo wir neues Baurecht schaffen oder Grundstücke ab zehn Wohneinheiten verkaufen, 30 Prozent der Wohneinheiten preisgünstig angeboten werden müssen.

Zugleich bedeutet ökologische und soziale Nachhaltigkeit bei neuen Wohngebieten auch, auf eine angemessene Dichte zu achten. Ein Wohngebiet muss soziale Infrastruktur tragen und darf nicht auslösen, dass Flächenfraß an anderer Stelle forciert wird. Die Ressource, die erkennbar zur Neige geht und nicht vermehrt werden kann, ist bebaubarer Grund und Boden. Hier zeigt sich beispielhaft auch das Spannungsfeld, das daraus entsteht, dass ökologische Nachhaltigkeit nur aus einer Gesamtbetrachtung bewertet werden kann. Auch ein Niedrigenergiehaus mit hoher Geschossflächenzahl, ein Radschnellweg oder eine Bahntrasse nehmen Ressourcen in Anspruch, tragen insgesamt aber zu nachhaltiger Entwicklung bei. Auf Spinelli, am Bundesgartenschau-Gelände, versuchen wir die verschiedenen Anforderungen an Wohnen und Städtebau im 21. Jahrhundert zusammenzuführen: unterschiedliche Wohnformen und Preise, verschiedene Alters- und Bevölkerungsgruppen, ökologisches Bauen und Betreiben, ein lebendiges Quartier, das Begegnung erleichtert, mit ausreichender Dichte und dennoch besonderer Qualität auch im Kleinklima.

Um die zukünftige Entwicklung zu sichern, haben wir vor wenigen Tagen einen Bodenfonds beschlossen, der unter anderem dafür sorgen soll, dass die Stadt ausreichend in Grunderwerb investiert.

Natürlich haben wir auch 2019 daran gearbeitet, unsere Verwaltung weiter zu entwickeln. Wir haben eine Digitalisierungsstrategie beschlossen und ein Bürgerportal in Dienst gestellt, das alle digital verfügbaren Dienstleistungen leichter zugänglich macht. Im Smart City Index des Branchenverbands bitkom wurden wir auf Platz 1 im Ranking „smarteste Verwaltung Deutschlands“ geführt.

Weiterentwicklung ist auch die Überschrift beim Thema Sauberkeit und Pflege des öffentlichen Raums. Ein neuer Bußgeldkatalog und mehr Kontrolle sind ein Ansatz. Vor allem aber ist seit Jahresbeginn der mit 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern größte Eigenbetrieb der Stadt mit dem Namen „Stadtraumservice“ für die Unterhaltung des öffentlichen Raums

zuständig. Tiefbau, Stadtreinigung, Abfallwirtschaft und Grünpflege sind nun unter einem Dach. Wir erhoffen uns durch diese einheitliche Zuständigkeit mehr Wirkung.

Ständig weiterentwickelt wird auch die Bürgerbeteiligung in Mannheim. Der Gemeinderat hat das Regelwerk Bürgerbeteiligung verabschiedet, 2019 startete das Beteiligungsportal als zentrale Plattform für Bürgerbeteiligung. Projekte mit einem Volumen von 500.000 Euro wurden direkt durch einen Beteiligungshaushalt entschieden.

Die hohe Wahlbeteiligung stattete den Mannheimer Gemeinderat mit einem starken Mandat aus. Bei allen politischen Verschiebungen haben sich nach meinem Eindruck die konstruktive Zusammenarbeit und die Suche nach Gemeinsamkeiten nicht verändert. Das Bemühen um ein Miteinander ist spürbar und nach meiner festen Überzeugung auch der beste Weg für alle, Vertrauen zu gewinnen.

Im letzten Jahr habe ich ausführlich über die Lokale Stadterneuerung in der Neckarstadt West berichtet. Sie zeigt, wie notwendig es ist, alle kommunalen und staatlichen Akteure zu einem gemeinsamen, abgestimmten Handeln zu koordinieren und gemeinsam mit den Aktiven im Stadtteil Nachbarschaft, Miteinander, Nähe und Sicherheit zu stützen. Diese Arbeit hat sich nicht nur dynamisch fortgesetzt, sondern auch weitere Unterstützung gewonnen. Ob es Unternehmen sind oder die Rotarier, die 500 Stipendien für Kinder zur Nachmittagsbetreuung einwerben wollen: Die Bereitschaft Mitverantwortung zu übernehmen, Spaltung abzubauen, geht über den Stadtteil hinaus.

An diesem Beispiel haben wir auch bundesweit etwas der Wahrnehmung entgegen gesetzt, dass die Probleme der sozialen Spaltung allein zwischen Städten und ländlichem Raum liegen. Die größte Ungleichheit liegt nach wie vor in den Städten, und sie wird nicht ausreichend angegangen.

Die Lokale Stadterneuerung hat aber noch eine weitere Folge für unsere Stadt. Auf Basis der gemachten Erfahrungen haben wir die Weiterentwicklung der Quartiersarbeit insgesamt beschlossen. Der Einstieg wird ein neues Quartiersmanagement in Rheinau-Mitte sein, mittelfristig wollen wir unsere Arbeit für alle Stadtteile und Nachbarschaften verändern. Es geht um die Koordination aller städtischen Aktivitäten vor Ort und die Stärkung des sozialen Raums, der unseren Alltag bestimmt.

Ein Projekt wie „ALTER“ – ein Spielangebot am Alten Messplatz – hat nicht nur den Ort verändert, sondern auch ganz unterschiedliche Gruppen der Nachbarschaft zusammengeführt. Es wurde nicht zufällig mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis Baden-Württemberg ausgezeichnet.

Mit diesen Ansätzen kann auch das Bewusstsein gestärkt werden, dass wir wechselseitige Verpflichtungen haben, und nur so vernünftig zusammen leben können. Die Jungbusch-Vereinbarung aus dem Jahr 2019 ist ein besonderes Experiment in diese Richtung.

Sie wurde im Stadtteil erarbeitet und richtet sich an Eigentümer, Bewohnerinnen und Bewohner, die Gastronomie und Gäste, an alle, die den Stadtteil durch ihr Verhalten und ihre Aktivitäten mitgestalten. Dabei geht es um ganz konkrete Dinge: faire Mieten, Müllentsorgung, Verhalten auf der Straße, Verkehrsregeln und so weiter und so fort.

Ist das etwas Besonderes? Ja, weil von einigen postuliert wird, dass die Unterschiedlichkeit in der Stadt Gemeinschaft unmöglich macht. Und ja, weil die Auflösung von Gemeinschaftlichkeit ein brandaktuelles Thema ist.

Warum befassen sich Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler, Politologen, Psychologen, Neurowissenschaftler gerade jetzt mit dieser Frage?

Weil die Zahl der einsamen Menschen in allen Generationen zunimmt und Einsamkeit eines der relevanten Gesundheitsrisiken ist.

Weil über lange Jahre die Idee des homo oeconomicus, des sich nur am eigenen Nutzen orientierenden Menschen, bestimmend war.

Weil wir erleben, dass soziale Netzwerke als Echokammern nicht nur die Wahrnehmung verändern, sondern auch den Ortsbezug auflösen. Normen und Narrative setzen sich durch einen Prozess der Angleichung in Gruppen durch. Dies gilt auch in sozialen Netzwerken.

So werden die Unterschiede vor Ort größer. Das Gefühl von Gemeinschaftlichkeit, das heißt wechselseitiger Verpflichtung und Verantwortung, nimmt ab.

Eine besondere Verschärfung erfährt diese Entwicklung durch die These, dass wechselseitige Verpflichtung nur in einer Nation und in ethnisch homogenen Gruppen verlangt werden kann und möglich ist. Das wird als Naturzustand gesehen, spaltet aber gerade die als homogen behauptete Nation. Diejenigen, die daran glauben, und ihre Gegner schließen sich wechselseitig aus der Gemeinschaft aus: die einen, weil sie die anderen als die Nation schwächend sehen, und die anderen, weil für sie die national Denkenden nicht Teil einer aufgeklärten Nation und Wertegemeinschaft sind.

Der steigende Nationalismus bietet also nicht nur wirtschaftlich und politisch nichts als Quacksalber-Therapien, wie der Wirtschaftswissenschaftler Paul Collier das nennt, er macht seine Anhänger unglücklicher und grenzt nicht nur diejenigen aus, die er als fremd definiert. Er vergiftet das Klima, lässt Hass, Diskriminierung und das Krebsgeschwür des Antisemitismus wachsen. Das alles zerstört Vertrauen und Kooperation.

Die Wissenschaft gibt uns einen Hinweis, wie wenig das uns Menschen gerecht wird. Denn was den Menschen in die Lage versetzt hat, dass er die Mona Lisa und die Jupitersymphonie hervorgebracht hat, oder sagen wir als Mannheimer das Auto, das Fahrrad, den Traktor

und den Dünger - und damit die ganze Menschheit zu erreichen - ist seine Fähigkeit, außerhalb des eigenen Clans oder Verbands zu kooperieren. Er ist in der Lage zu anderen Menschen, die er nicht kennt, durch Zeichen Vertrauen zu fassen. Deshalb sitzen wir nicht mehr auf den Bäumen oder in Höhlen.

Diese Fähigkeit spiegelt sich in unserem Bedürfnis dazuzugehören.

Beides - die Fähigkeit zu Kooperation, wie unser Bedürfnis nach Zugehörigkeit, hat keine natürlichen ethnischen Grenzen. Unserer Natur nach brauchen wir andere Menschen und sind befähigt zum Zusammenleben in Verschiedenheit. Das zeigt die Geschichte unserer Stadt - und Sie können es in jedem Mannheimer Kindergarten beobachten.

Der Naturforscher Charles Darwin hat es so formuliert:

„Wenn der Mensch in der Kultur fortschreitet, und kleine Stämme sich zu größeren Gemeinwesen vereinigen, ...kann ihn (am Ende) nur noch eine künstliche Schranke hindern, seine Sympathien auf die Menschen aller Nationen und aller Rassen auszudehnen.“

Die Antwort auf drängende gesellschaftliche Fragen ist verblüffend einfach: Wir müssen die örtliche Gemeinschaft, die menschliche Verpflichtung zum sozialen Miteinander, zum gesellschaftlichen Beitrag und die gemeinsame Verantwortung stärken. Denn erst das macht uns zu Menschen, und nur das macht uns zu glücklichen Menschen. Die biblische Erkenntnis, dass Geben seliger denn Nehmen ist, hat in der Psychologie wissenschaftliche Bestätigung gefunden.

Die Nachbarschaft, der Stadtteil, die Stadt, ist der Ort, der nur dann lebenswert ist, wenn wir uns zu wechselseitiger Verpflichtung und Verantwortung bekennen, uns damit auch sicher fühlen können. Hier ist der Ort, an dem wir uns jeden Tag physisch begegnen können. Wo wir leben, erfahren wir Zugehörigkeit und Sinn.

Hier ist der Ort, an dem es möglich, aber auch entscheidend ist, dass Menschen über die Zivilcourage verfügen, kollektive Verpflichtungen einzufordern. Unsere Nachbarschaften, Stadtteile und unsere Stadt als Gemeinschaft zu verstehen und zu gestalten, scheint schwieriger als früher. Neben der digitalen Vereinzelung, der einseitigen Fixierung auf individuelle Rechte, leisten Wertedifferenzen und Machokulturen einen negativen Beitrag. Aber schon die Freundlichkeit im Alltag setzt Veränderungen in Gang. Und sie kommt irgendwann zu uns zurück, selbst das ist wissenschaftlich bewiesen.

Was könnte also attraktiver sein, als auf diese Weise etwas für das Miteinander zu tun?

Kein Engagement kann nachhaltiger sein.

In dem bekannten Satz, dass man in Mannheim zweimal weine, einmal wenn man kommt und einmal wenn man geht, steckt ja nicht nur die Geschichte der Unterschätzung unserer Stadt, sondern noch eine weitere Geschichte: Nämlich, dass alle, die hier waren, Heimat und Zugehörigkeit gefunden haben, wie es der Name unserer Stadt verheißt.

Machen wir dies weiter wahr, auch in digitalen Zeiten.

Vor zwölf Jahren stand ein Gedicht ganz im Zentrum des Vortrags unseres ersten Gastredners, Professor Andreas Kruse. Es stammt von John Donne, einem im 16. Jahrhundert geborenen Londoner Dichter, der all das unvergleichlich ausgedrückt hat:

No man is an island, entire of itself

Every man is a piece of the continent, a part of the main

Niemand ist eine Insel, in sich schon ganz;

jeder Mensch ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Festlands.

Wir sind mit allen anderen verbunden.

Lassen Sie uns unsere Stadt in diesem Bewusstsein gestalten, dass alle, denen wir begegnen, dazugehören - und wir damit auch.